

Ein Pyrrhus-Sieg für die Stuttgart-21-Mafia

Jetzt wirksamere Blockaden Besetzungen und Streik vorbereiten

Weg mit der Rambo-Regierung – Sofort

Am 30. September erlebte Stuttgart beispiellose Polizeibrutalität: Hunderte Verletzte durch das Pfefferspray, gebrochene Nasen, verletzte Augen, ein Schädelbasisbruch. Viele der Opfer sind Schüler.

Die SchülerInnen hatten für diesen Tag einen Schülerstreik angemeldet. Der Vorwurf der Instrumentalisierung ist eine Frechheit. SchülerInnen wurden von Schulleitungen massiv unter Druck gesetzt. Teils versuchte auch die Polizei, SchülerInnen von der Streikbeteiligung abzuhalten. Sie entschieden sich selbstständig und bewusst, trotzdem zu streiken. Auch im Park zeigten die SchülerInnen, dass sie (anders als gewisse Stuttgart-21-Befürworter, die stolz erklären, "oben ohne" zu sein), einen Kopf auf den Schultern haben und selbständig denken können. Sie erkannten, wie sie den Polizeieinsatz aufhalten konnten - durch friedliche Blockaden der Zufahrt. Durch die entschlossenen Blockaden der SchülerInnen wurde die Polizei aufgehalten, bis durch den Parkschützer-Alarm immer mehr AktivistInnen ankamen.

Ohne den Schülerstreik hätte die Polizei ihre Gitter leichter aufstellen können. Aber angesichts der Entschlossenheit von zigtausenden, den Park und die Bäume zu verteidigen, hätten die Bäume auf jeden Fall nur mit einem brutalen Polizeieinsatz gefällt werden können. Am Donnerstag Vormittag wurden mehrfach Gruppen von PolizistInnen von DemonstrantInnen, gewaltlos aber entschlossen, von Parkbäumen weg geschoben. Wenn die Polizei keine Gewalt angewandt hätte, hätten wir sie aus dem Schlossgarten hinausgeschoben und ihnen ihre Gitter hinterher getragen. Sie haben mit ihrem blutigen Einsatz einen Teil des Schlossgartens und etwa ein Zehntel der Bäume zerstört. Die weitere Zerstörung des Parks und Stuttgart 21 ist angesichts der entschlossenen Ablehnung der Bevölkerungsmehrheit nur durch eine Kette ähnlich brutaler Polizeieinsätze durchführbar. Zugleich zeigte der Polizeieinsatz schlaglichtartig, worum es bei Stuttgart 21 geht.

Stuttgart-21-Mafia in Aktion

Die meisten werden die 10.000-Seelen-Gemeinde Karlsdorf-Neuthard bisher nicht gekannt haben. Zu Unrecht. Der Ort hat so manches zu bieten, z.B. das Wahlkampfbüro von Innenminister Heribert Rech und, laut Google Maps nur 3,1 Kilometer davon entfernt, den Firmensitz von Gredler & Söhne, der Firma, die den Abriss der ersten Parkbäume durchgeführt hat. Ist die Nähe nur geographisch?

Wir haben immer wieder betont, dass es bei Stuttgart 21 nicht um Verkehrspolitik geht, sondern um die Profite von Baufirmen, Immobilienspekulanten, Tunnelbohrmaschinenherstellern etc. Vor einigen Wochen geriet der Stuttgarter Finanzbürgermeister Föll in die Schlagzeilen, weil er einen Posten im Beirat der Firma Wolff & Müller bekam, die am Abriss des Nordflügels dick im Geschäft war. Föll musste seinen Beiratsposten niederlegen.



Schon beim Abriss des Nordflügels wurden unter Polizeischutz reihenweise Vorschriften verletzt. Jetzt wurden unter massivem Polizeischutz die Bäume gefällt, obwohl es offenbar eine gegenteilige Anweisung des Eisenbahnbundesamts gab. Um ihren Freunden Aufträge zuzuschancen, schrecken sie offenbar vor dem Verletzen hunderter Menschen ebenso wenig zurück wie vor dem Verletzen ihrer eigenen Gesetze und Vorschriften.

Die Verfilzung von Politik und Wirtschaftsinteressen ist keine Besonderheit von Stuttgart 21. Landauf, landab wird deshalb Politik für eine Minderheit gemacht, gegen die Mehrheit der Bevölke-

rung. Das Neue bei Stuttgart 21 ist, dass sich die Bevölkerungsmehrheit diesen Machenschaften entschlossen in den Weg stellt. Deshalb hetzen sie hier die Polizei mit Wasserwerfern, Tränengas, Pfefferspray und Schlagstöcken auf die Bevölkerung. Im Kapitalismus hört die Demokratie auf, sobald wir uns nicht mehr damit begnügen, zu wählen, welche Partei die Interessen des Kapitals vertritt.

Wenn wir nicht mehr von Politikern regiert werden wollen, die die Interessen von Banken und Konzernen vertreten und bei Bedarf für diese Interessen den Weg frei knüppeln, müssen diese Banken und Konzerne enteignet und unter die demokratische Kontrolle der Beschäftigten und Bevölkerung gestellt werden.

Jetzt erst recht: Blockieren, Besetzen, Streiken - und vor allem Organisieren!

Die Stuttgart-21-Mafia hat ihre Baumfällaktion durchgezogen. Aber wenn sie noch einen Funken von politischem Realitätssinn hätten, müssten sie mit dem antiken König Pyrrhus fürchten: "Noch ein solcher Sieg, und ich bin verloren". Die Bilder der Polizeibrutalität gegen friedliche Blockaden gingen um die Welt und haben für die Stuttgart-21-Mafia einen politischen Scherbenhaufen erzeugt.

Aber wir haben das Fällen der Bäume nicht verhindern können, so wenig wie wir davor die Zerstörung des Nordflügels verhindert haben. Wir waren erneut durch massenhaften zivilen Ungehorsam Sand im Getriebe, aber das hat nicht gereicht. Sicher waren am Donnerstag nach und nach Zehntausende im Schlossgarten, von denen viele einen beeindruckenden Mut und Durchhaltevermögen gezeigt haben. Aber wir hatten zu wenig Koordination und Organisation. Es ist die größte Schwäche der Bewegung gegen Stuttgart 21, dass zwar die Beteiligung an den Protesten beeindruckend gewachsen ist und wir am 1. Oktober die 100.000 überschritten haben, dass aber unsere Organisationsstrukturen dem weit hinterher hinken.

Die SAV schlägt deshalb eine Widerstandskonferenz vor, bei der alle Aktiven zusammen kommen: Parkschützer, Aktionsbündnis, Jugendoffensive, Stadtteilinitiativen, GewerkschafterInnen und Senioren gegen Stuttgart 21, Blockierertreffen, Versorger, Mahnwache usw. Wir brauchen eine Diskussion an der sich alle beteiligen und bei der Entscheidungen über die weitere Strategie gefällt werden können.

Wie weiter?

Am 30. 9. waren 2.000 SchülerInnen wegen dem Schülerstreik in wenigen Minuten im Park als der Alarm kam. Aber was machen wir beim nächsten Angriff auf den Park, wenn nicht Tausende SchülerInnen in der Nähe sind? Das beste wäre es, wenn wir eine so stark ständige Präsenz im Park hätten, dass dann nicht nur ein Alarm ausgelöst werden kann, sondern auch Blockaden durchgeführt werden können, die die Polizei wieder so lange aufhalten, bis die durch den Alarm mobilisierten AktivistInnen eintreffen. Dafür müssen viel mehr Menschen einbezogen werden. Wir haben seit langem vorgeschlagen, dass bei den großen Demos am Montag und Freitag bzw. Samstag in Redebeiträgen ein lebendiges Bild vom zivilen Ungehorsam vermittelt wird: Dass die vielen kleinen Erfolge geschildert werden, der übertriebenen Angst vor den rechtlichen Folgen, die viele haben, entgegen gewirkt wird. Etwas in der Art war für die Demonstration am 1. Oktober angedacht. Die Ereignisse vom Vortag haben das natürlich über den Haufen geworfen. Die Notwendigkeit besteht aber weiterhin. Außerdem sollten die Demos und Kundgebungen für die Organisation von Besetzung und Blockaden genutzt werden. Statt direkt nach der Demo nach Hause zu gehen, könnten alle, die bereit sind an Blockaden teilzunehmen, aufgerufen werden, auf dem Platz zu bleiben. Dann kann man per Handzeichen ermitteln, wer bereit ist an einem bestimmten Tag zu einer bestimmten Uhrzeit, zu blockieren. Die Leute, die zur selben Zeit blockieren können, könnten sich direkt zusammenschließen.

Gleichzeitig sollten in Stadtteilen, Schulen, Hochschulen, Betrieben Strukturen aufgebaut werden. Dafür sind die Voraussetzungen eigentlich gut: Wenn man nach den Schwabenstreichen in den Stadtteilen nicht einfach wieder auseinander gehen würde, sondern sich zu einem Treffen verabredet und dort unter anderem gemeinsam im Park Schichten übernimmt würde das die Bewegung einen großen Schritt weiter bringen. Die Jugendoffensive gegen Stuttgart 21 will nach dem Schülerstreik Schulgruppen aufbauen, was ein weiterer Schritt zum Aufbau von Strukturen wäre.

Wir wissen nicht, wann die Gegenseite welche Schritte unternimmt. Aber wenn wir Strukturen aufbauen und demokratisch vernetzen, können wir flexibel reagieren: Blockieren und besetzen, wenn der Park bedroht ist, oder den "Kampf um die Köpfe" verstärken, wenn die Gegenseite uns etwas mehr Zeit lässt: Das Flugblatt für Volksfestbesucher des Cannstatter Aktionskreises oder die geplante neue Ausgabe der Zoff 21, der Zeitung der Jugendoffensive, sind gute Beispiele dafür. Denn nach dem 30. September werden auch bisherigen Befürwortern von S21 Zweifel an dem Projekt gekommen sein.



Vor allem aber haben die Führungen der Stuttgarter Gewerkschaften allen Grund ihre Haltung zu Stuttgart 21 zu überdenken: In den letzten Monaten gab es in verschiedenen Gewerkschaften Beschlüsse gegen Stuttgart 21. Die SPD-nahe Führung vor allem der IG-Metall hat diese Beschlüsse aber geradezu hintertrieben. Wird sie nach der Gewaltorgie vom Donnerstag endlich entsprechend dem Willen ihrer Basis Farbe bekennen? Notwendig wäre eine Informationskampagne der Gewerkschaften mit Flugblättern, Betriebsversammlungen

etc. Wenn das in einen regionalen Generalstreik gegen Stuttgart 21 münden würde, könnte das Stuttgart 21 beerdigen. Oder wollen Gewerkschaftsführer beim nächsten Angriff auf den Park wieder zuschauen, wie die Polizei auf SchülerInnen einprügelt? Wir denken, dass zumindest viele Tausende Beschäftigte dazu nicht bereit sein werden, sondern, wenn sie einen Alarm erhalten, ihre KollegInnen informieren, ausstempeln und den Park verteidigen werden – und dann werden wir sehen, ob die Polizei es wieder schafft, für Profite den Weg frei zu prügeln.

Weg mit der Rambo-Regierung – Sofort!

Die S21- Regierung hat keine Mehrheit mehr in der Bevölkerung. Das gilt schon länger. Aber am 30. September hat sie sogar brutale Polizeigewalt zur Durchsetzung ihrer bankrotten Politik eingesetzt. Polizeigewalt selbst gegen Jugendliche, die teils so jung sind, dass sie noch gar nicht wählen dürfen. Solch eine Regierung hat jegliche Legitimität verwirkt. Sie muss weg und zwar sofort. Wer Mappus und Rech, wer die Sprecher von CDU und FDP in diesen Tagen hört, der muss zu dem Schluss kommen: diese Typen haben jeden Sinn für die Realität verloren. Sie müssen weg, sofort - aber sie werden nicht freiwillig gehen. Massendemonstrationen allein werden nicht reichen. Mit Blockaden und Streik müssen wir zeigen: Wir wollen nicht weiter von Leuten regiert werden, die zu allem fähig sind, außer den Willen der Mehrheit zu akzeptieren.

Wir brauchen auch eine Diskussion darüber, wie die Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung ausgedrückt und demokratisch umgesetzt werden können. Noch setzt die S21-Mafia ihre Interessen sogar mit Wasserwerfern und Pfeffer-spray durch. Statt dessen muss die Mehrheit der Beschäftigten, Jugendlichen, Arbeitslosen über diese Gesellschaft, ihre Vertreter und ihren Reichtum demokratisch bestimmen können.

Aktiv werden:

www.sozialismus.info